

Ukraine-Krieg: Sorge vor Energieknappheit wächst

(06.07.2022) Immer mehr Österreicher befürchten Engpässe bei der Energieversorgung. Trotz des Anti-Teuerung-Pakets lässt die Angst vor hohen Energiepreisen nicht nach. Die Verfügbarkeit und Leistbarkeit der Energie haben für die Bevölkerung höhere Priorität als Klimaschutz und Sanktionen gegen Russland.

In der Bevölkerung wächst die Angst vor Energieknappheit. Bereits Ende Februar befürchteten drei Viertel der Österreicher Engpässe bei der Energieversorgung als Folge des Ukraine-Krieges. Laut neuester Umfrage des Österreichischen Gallup-Instituts* teilen mittlerweile 83% diese Sorge. Unverändert groß bleibt die Furcht vor weiteren Preissteigerungen bei Lebensmitteln und Energie (rund 90%) sowie vor globalen wirtschaftlichen Folgen des Krieges (79%).

Die Koalition hat aus Sicht der Bevölkerung keine adäquaten Antworten auf diese Herausforderungen. Nach Bekanntgabe des Anti-Teuerung-Pakets sagen nur 11% der Österreicher, dass die beschlossenen Maßnahmen der Regierung zur Abfederung der Inflation ausreichen. Bei dieser Einschätzung sind sich die Anhänger der Regierungs- und Oppositionsparteien weitgehend einig.

Ebenso ist nur eine Minderheit (17%) der Meinung, dass die Bundesregierung genug unternimmt, um die Energieversorgung Österreichs sicher zu stellen, 64% sind gegenteiliger Ansicht, 20% äußern sich nicht dazu. ÖVP-Affine nehmen mit 33% die Bemühungen der Regierung in Richtung Versorgungssicherheit etwas häufiger als Sympathisanten anderer Parteien wahr.

Kompromisse beim Klimaschutz

Vor diesem Hintergrund bekommt die heimische Energiegewinnung als Alternative zu den Importen bei der Bevölkerung immer mehr Zuspruch. Dabei wird nicht nur ein Umstieg auf erneuerbare Energieträger begrüßt: Bis auf die Anhänger der Grünen wächst über alle Parteigrenzen hinweg die Akzeptanz für bisher ökologisch umstrittene Energiequellen.

Haben sich im April 27% der Österreicher für Energie aus Kohlekraftwerken ausgesprochen, sind inzwischen 39% dafür. Die Mehrheit (61%) ist damit einverstanden, das Kohlekraftwerk Mellach zu reaktivieren, um im Notfall, d.h. bei Gasengpässen, dort Strom und Wärme erzeugen zu können. Schiefergasförderung durch Fracking können sich 36% der Bevölkerung vorstellen, um mehr Energieunabhängigkeit zu erreichen (28% im April). 72% sind für eine stärkere Förderung von heimischem Öl und Gas, vor zwei Monaten befürworteten 65% diese Möglichkeit. Atomkraftwerke werden nach wie vor vom Großteil der Bevölkerung (76%) abgelehnt, die erneuerbaren Energiequellen finden mit 92% ungebrochen hohe Zustimmung.

„Der Ukraine-Krieg stellt die Energiewende auf den Kopf. Die Schließung des Kohlekraftwerks Mellach stand 2020 für ein Ende des fossilen Zeitalters in Österreich. Zwei Jahre später ist man froh, es wieder in Betrieb nehmen zu können“, kommentiert die Leiterin des Österreichischen Gallup-Instituts, Andrea-Fronaschütz, dieses Ergebnis.

Fragt man danach, inwieweit die Energieunabhängigkeit auf Kosten des Klimaschutzes gehen darf, zeigt sich die Bevölkerung gespalten. 43% geben zurzeit der Energieunabhängigkeit, 45% dem Klimaschutz den Vorrang, 11% machen dazu keine Angaben. Vor etwa zwei Monaten war der Anteil jener, die den Klimaschutz priorisierten, mit 54% deutlich höher. Einzig die Anhänger der Grünen positionieren sich aktuell mit 74% klar für die Klimaagenda.

Die Verschiebung der Einführung der CO₂-Bepreisung auf Oktober begrüßen mehr als zwei Drittel der Österreicher.

Für Fronaschütz kommen diese Ergebnisse nicht überraschend: „Zur Inflation gesellt sich nun auch die Angst vor einem kalten Winter. Die Versorgung mit Wärme ist für viele Menschen wichtiger als die Frage, woher diese kommt. Beim Thema Klima wird im Moment gezwungenermaßen ein Auge zugedrückt. Außerdem geht man davon aus, dass die umweltschädlichen Energiealternativen nur vorübergehend, zur Überbrückung der Notlage, genutzt werden. Etwas mehr als die Hälfte der Bevölkerung nimmt an, dass der Krieg den Umstieg auf erneuerbare Energiequellen beschleunigen wird.“

Leistbarkeit der Energie geht vor Sanktionen gegen Russland

Die Preisexplosion bei Energie bewirkt eine kritische Hinterfragung der wirtschaftlichen Maßnahmen gegen Russland. Die Zustimmung der Bevölkerung zu den internationalen Sanktionen reduzierte sich von 71% zu Beginn des Krieges auf aktuell 60%. Während Ende Februar 56% meinten, dass Österreich diese mittragen soll, auch wenn als Folge die Energiepreise steigen, können sich im Moment nur noch 43% damit anfreunden.

Der Großteil der Österreicher ist nicht bereit, höhere Preise für Energie im Haushalt (62%) bzw. bei Treibstoff (59%) zu akzeptieren, um weniger auf russische Importe angewiesen zu sein. Die Hälfte spricht sich für einen schrittweisen Ausstieg der EU aus russischer Energie aus, um den wirtschaftlichen Schaden in Grenzen zu halten, nur 15% befürworten einen sofortigen Importstopp. Der Anteil jener, die der Ansicht sind, dass die EU nach wie vor Energieimporte aus Russland beziehen soll, ist von 20% Mitte März auf aktuell 26% gestiegen.

„Die Haushalte bekommen die Energiepreissteigerungen immer stärker zu spüren, gleichzeitig gibt es keine Klarheit darüber, wie lange der Krieg noch dauern wird und ob die Sanktionen das erwünschte Ergebnis bewirken. Die Menschen sträuben sich dagegen, für ein ungewisses Ergebnis weitere finanzielle Opfer auf sich zu nehmen. Die Energiekrise bringt sowohl die Politik als auch die Bevölkerung in eine moralische Zwickmühle: Einerseits will man sich mit der Ukraine solidarisch zeigen, andererseits müssen auch eigene Interessen berücksichtigt werden“, meint Fronaschütz abschließend.

Rückfragehinweis:
Andrea Fronaschütz
a.fronaschuetz@gallup.at
Tel. +431 470 47 24 - 13

Das Österreichische Gallup-Institut
Lobkowitzplatz 1
1010 Wien

Für Rückfragen und Interviews außerhalb der Bürozeiten: + 43 699 10151859

Foto: Andrea Fronaschütz, frei zum honorarfreien Abdruck, www.beahasler.at

* Gallup-Stimmungsbarometer: Eigenstudie des Österreichischen Gallup-Instituts, 1000 Personen repräsentativ für die (webaktive) österreichische Bevölkerung ab 16 Jahren (Methode: „Computer Assisted Web Interviewing“ im Gallup-Onlinepanel, durchgeführt zwischen 21. und 24. Juni 2022)

Hinweis: Zwecks besserer Lesbarkeit wird im Text nur die männliche Form verwendet, die weibliche Form ist dabei stets miteingeschlossen.